

Montagskolumne: Heute zum Thema Abgeordnetenbezüge

Bei Diäten muss es mehr Transparenz geben

Nach dem Willen der großen Koalition sollen die Bezüge der Bundestagsabgeordneten in den nächsten zwei Jahren um knapp zehn Prozent steigen. Im Gegenzug sind bei den Altersbezügen gewisse Abzüge vorgesehen. Damit steht die notwendige Reform der Diäten allerdings noch aus.

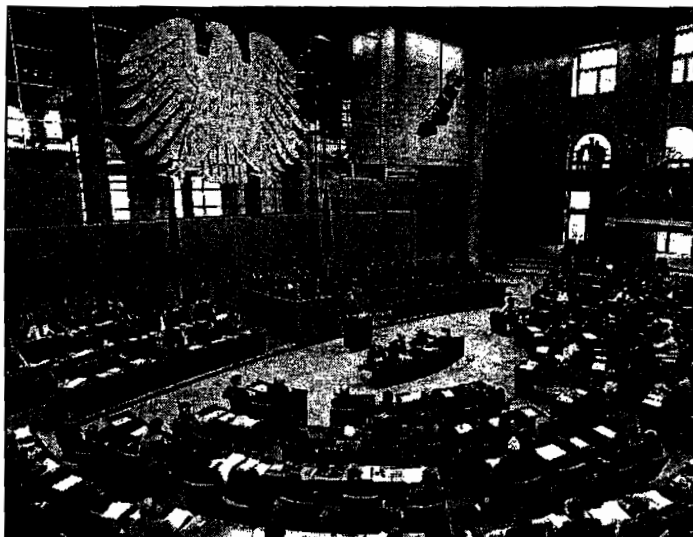
An der Höhe der Abgeordne-

den vergleichbaren Einkommen von Bürgermeistern und Richtern zurück. So weit, so gut. Dennoch bleiben Fragen, etwa nach der symbolischen Wirkung. Was ist ein solidarischer Lohnverzicht von Abgeordneten wert, wenn er nach fünf Jahren wieder vollständig ausgeglichen wird? Kleinere und mittlere Beamte und tariflich Beschäftigte außerhalb des öffentlichen Dienstes können auf einen solchen Ausgleich ihrer Einkommenseinbußen der letzten Jahre nicht hoffen.

Und natürlich wirft es ein bezeichnendes Licht auf den öffentlichen Dienst, dass die Besoldung zumindest der Bürgermeister und Bundesrichter in den letzten fünf Jahren überhaupt um fast zehn Prozent zugelegt hat. Hier sind noch viele Fragen unbeantwortet, und damit sind wir beim Kern des Problems.

Nach wie vor ist das System der Abgeordnetenbesoldung mit Kostenpauschalen, Altersabsicherungen, Möglichkeiten des Zuverdienstes und Übergangsgeldern trotz nachfolgender Beschäftigung üppig und vor allem kaum zu durchschauen. Fragwürdige Privilegien werden verteidigt, die den gesamten Berufsstand in Misskredit bringen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zur Offenlegung von Nebeneinkünften einen ersten, wichtigen Schritt gemacht.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist inzwischen einen weiteren Schritt gegangen. Die Par-



Die Bundestagsabgeordneten, hier ein Blick ins Plenum, haben sich ihre Diäten erhöht.

Foto: dpa



VON PROF. DR. ULRICH ETH, Politikwissenschaftler der Universität Freiburg.

tenbezüge ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 sind die Abgeordneten verpflichtet, über ihre Bezüge vor den Augen der Öffentlichkeit selbst zu entscheiden. Seit 1977 orientiert sich der Bundestag hierbei am Einkommen von Bürgermeistern mittlerer Städte und Bundesrichtern, genauer an der Beamtenbesoldungsgruppe B6.

Dies für sich betrachtet ist durchaus maßvoll. In vergleichbaren zeitintensiven und verantwortlichen Positionen lässt sich allemal mehr Geld verdienen. Und da die Abgeordneten demonstrativ seit 2003 keine Erhöhungen ihrer Bezüge vorgenommen haben, liegen diese nun exakt 9,4 Prozent hinter

lamentarier des dortigen Landtags werden deutlich besser bezahlt, müssen aber im Gegenzug vollständig eigenverantwortlich für ihre Alterssicherung sorgen. Dieser Weg führt in die richtige Richtung. In keinem anderen Beruf lassen sich derzeit so schnell Rentenansprüche erwerben wie in der Politik.

Demokratie lebt von Transparenz und Fairness. Abgeordnete müssen ordentlich bezahlt werden, schließlich verlangen die Bürger auch gute Arbeit. Abgeschafft allerdings gehört das System von pauschalen Zulagen, Ansprüchen und Vergünstigungen. Und dann gilt unsere volle Aufmerksamkeit

auch wieder den wirklich drängenden politischen Problemen.

Dem Kolumnisten-Kreis der MITTELBADISCHEN PRESSE gehören an: Ingeborg Schäuble, Vorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe; Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler; Landesbischof Dr. Ulrich Fischer; der Freiburger Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Gerd Billen, Chef des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes; Harald B. Schäfer, ehemaliger Umweltminister von Baden-Württemberg; Prof. Dr. Ulrich Eth, Politikwissenschaftler der Universität in Freiburg; Brigitte Behrens, Geschäftsführerin von Greenpeace Deutschland; und Jürgen R. Thumann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.